Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 80 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 142 — Montag, den 21. Juni 1920 — 48. Jahrgang

Die Lösung der Regierungskrise

steht jetzt endlich bevor. Am meisten Schwierigkeiten machten die Eintrittsverhandlungen mit den Demokraten. Als strittigsten Punkt bezeichneten sie die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Monarchie. Die Volkspartei erklärte auf eine Anfrage der Demokraten, sie trage den gegebenen Umständen Rechnung. Die Monarchie bleibe für sie die erstrebenswerte Staatsform, man könne aber als Monarchist sehr gut einem republikanischen Ministerium loyal angehören. Die Demokraten erklärten sich schließlich mit dieser Erklärung zufrieden. Somit kann das „Kabinett der Mitte" aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei als gesichert gelten. Heute finden die letzten entscheidenden Fraktionssitzungen statt, die jedoch nur noch formelle Bedeutung haben. In Besprechungen der Führer der drei Parteien am Sonnabend abend wurden die letzten Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt.

Die Aufstellung der Ministerliste erfolgt heute, die Kanzlerschaft Fehrenbachs gilt als gesichert. Die demokratischen Minister Koch (Inneres) und Dr. Geßler (Reichswehrministerium, die Zentrumsminister Dr. Wirth (Finanzen) und Dr. Hermes (Ernährungsministerium), sowie Giesberts (Post) dürften in ihren Aemtern bleiben. Man spricht auch davon, daß Geheimrat Dietzel das Reichswirtschaftsministerium, Dr. Heinze das Reichsjustizministerium übernehmen sollen. Als Minister der Deutschen Volkspartei wird auch Herr v. Kardorff genannt. Welches Portefeuille er übernehmen soll, steht allerdings noch dahin. — Wie verlautet, hat Herr Geheimrat Dietzel eine Berufung bereits abgelehnt, und weiter wird vom „Hann. Kur." versichert, daß Herr v. Kardorff nicht auf der Liste der neuen Männer zu finden ist, auch schon deshalb nicht, weil er seit kurzem erst der Partei angehört. Nach dem „Berl. Tagebl." erklärten die Deutschen Volksparteiler, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stellen und von einer monarchistischen Agitation innerhalb der Regierung und der Koalition absehen werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird nach einer Mitteilung des genannten Blattes der neuen Regierung voraussichtlich ein, wenn auch vielleicht bedingtes, Vertrauensvotum erteilen, um ihr parlamentarisch die Möglichkeit einer einigermaßen gesicherten Stellung für die nächste Zeit zu geben. Die Deutschnationalen seien entschlossen, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spaa eine ähnliche Haltung wie die Sozialdemokratie einzunehmen.

Eine Wahlüberraschung in Großberlin.

(TU) Gestern fanden die Wahlen für die neue Stadtgemeinde Groß-Berlin, die die Stadt Berlin und 93 Vororte umfaßt, unter schwacher Beteiligung statt. Es dürften nach vorläufiger Schätzung etwa 60 bis 65 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne geschritten sein. Aus den bisher vorliegenden Teilresultaten ergibt sich eine überraschend hohe Stimmenzahl der rechtsstehenden Parteien, besonders der Deutschnationalen. In 23 Bezirken, die sich hauptsächlich auf die innere Stadt, sowie einen Teil des Nordens und Ostens erstrecken, erhielten die Sozialdemokraten 13 295, die Unabhängigen 23 518, die Deutschnationalen 10 509, die Demokraten 5 264, und die Deutsche Volkspartei 17 475 Stimmen. Aehnlich dürfte sich das Verhältnis in den Vororten gestalten. Bemerkenswert ist, daß in der Arbeiterstadt Spandau, von wo bereits das Gesamtresultat vorliegt, die Deutschnationale Volkspartei 6 032, die Deutsche Volkspartei 5 580 erhielten, neben 7 726 der Sozialdemokraten, 11 004 der Unabhängigen, 3 070 der Demokraten und 1 828 des Zentrums.

Die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente.

Auf der im braunschweigischen Badeort Harzburg abgehaltenen, von 500 Gaswerksdirektoren Deutschlands besuchten Jahresversammlung der Gas- und Wasserfachmänner bezeichnete der Reichskohlenkommissar Geh. Bergrat Stutz-Berlin die Kohlenabgabe an die Entente und deren Freunde als die eigentliche Ursache für unsere Gas- und Kohlenkatastrophe. In Essen befinde sich jetzt eine größere Anzahl französischer Ingenieure, die Deutschland zwängen, nicht nur die vorgeschriebene Menge, sondern vor allem die besten Qualitäten besonders solcher Kohlensorten, die für die deutschen Gasanstalten nötig sind, an das Ausland zu liefern. Entgegen dem Friedensvertrag sei Deutschland auch im Monat Mai gezwungen worden, 206 000 To. an Polen und 100 000 To. an die Tschecho-Slowakei zu liefern, dagegen habe letztere die als Gegenleistung von Deutschland ausbedungene Menge böhmischer Braunkohlen nicht geliefert. Da neuerdings noch die Abstimmungskommission in Oppeln das an Polen zu liefernde Quantum Kohle kurzerhand um 100 000 To. erhöhte, so würde sich, wie der Reichskohlenkommissar erklärte, durch dieses unverantwortliche Eingreifen der Entente die Kohlenversorgung für Deutschland natürlich immer schwieriger gestalten.

Die englisch-amerikanische Flotten-Konkurrenz.

Im Unterhaus sagte in Erwiderung einer Anfrage der Erste Lord der Admiralität über das Verhältnis der englischen zur amerikanischen Kriegsflotte. An großen Kriegsschiffen mit Geschützen von 16 Zoll besitzen die Vereinigten Staaten 16, England keine, an Schiffen mit einer Geschwindigkeit 33¼ Knoten und mehr besitzen die Vereinigten Staaten: Große Schiffe 6, England keins, an leichten Kreuzern die Vereinigten Staaten 10, England keinen, an Zerstörern die Vereinigten Staaten 356, England 196. Auf weitere Fragen sagte Long, die Admiralität sei sich der Wichtigkeit der Weiterentwickelung der Marine bewußt und werde nötigenfalls neue Mittel vom Parlament anfordern. Es würden Schritte getan werden, um dafür Sorge zu tragen, daß die Stärke der Kriegsmarine angemessen bleibe. Den Bericht, daß die Amerikaner Geschütze von 18 Zoll einführten, könne er nicht so ohne weiteres für richtig halten.

Kindermord durch den Versailler Vertrag.

Die Entente, besonders Frankreich, weist immer wieder darauf hin, wieviel durch den Krieg, besonders „durch Deutschlands Schuld" zerstört worden sei. Ganz besonders bilden die Ruinen Nordfrankreichs einen ewigen Vorwurf und man besteht auf der Wiedergutmachung und der Wiederherstellung. Diese Zerstörung läßt sich, wenn auch nach längerer Zeit, beseitigen. Was aber der Versailler Friedensvertrag der deutschen Bevölkerung, namentlich den deutschen Kindern zufügt, das läßt sich leider nicht mehr gutmachen. Nach neuesten vorliegenden Berichten sind von 3,38 Millionen Kindern der deutschen Großstädte über 200 000 tuberkulös und der vierte Teil schwer unterernährt oder mit anderen Krankheiten behaftet. Im Vergleich zum Jahre 1914 stieg die Sterblichkeit der Kinder von 1–5 Jahren, nur um einzelne Beispiele anzuführen, in Lübeck um 30 Proz., in Anhalt um 33 Proz., in Mecklenburg-Schwerin um 47 Proz. In derselben Zeit stieg die Sterblichkeit der Kinder von 5–10 Jahren um 36 Proz. in Preußen, um 124 Proz. in Hessen, um 128 Proz. in Mecklenburg-Schwerin und um 153 Proz. in Sachsen-Altenburg. Diese Zahlen geben ein erschütterndes Bild des Elends, unter dem die deutsche Bevölkerung, ganz besonders aber die deutschen Kinder zu leiden haben. Die Zahl der an Entkräftung, Unterernährung Sterbenden dürfte sich, wenn erst die Folgen des Friedensdiktats von Versailles sich noch mehr bemerkbar machen, wesentlich erhöhen. Man kann sagen, daß ungefähr 2½ Millionen deutscher Kinder in den nächsten Jahren dem Untergang geweiht sind, wenn nicht für eine bessere Ernährung gesorgt werden kann. Ungefähr 6 Millionen Kinder sind als ernstlich gefährdet zu betrachten.

Die Furcht vor Deutschland.

In der französischen Kammer wurde der Haushalt des Kriegsministeriums beraten. Man hörte ausnahmsweise ein paar vernünftige Reden, die allerdings den stürmischen Widerspruch der Mehrheit der Kammer fanden. Oberstleutnant Fabry, erklärte, daß der Militärstat Frankreichs immer im Zusammenhang mit dem Deutschlands stehen müsse, aber über die deutsche Armee brauche auch Frankreich sich jetzt nicht zu beunruhigen. Man könne keinen Krieg mit 100 000 oder 500 000 Mann beginnen, sondern nur mit einem entschlossenen Volke. Das deutsche Volk wolle den Krieg nicht mehr. Gewiß gebe es dort Leute, die während des Krieges vom Kriege lebten. Aber diese Handvoll Agitatoren vermögen nichts. In Deutschland wäre eine Mobilisierung heute unmöglich, und wenn sie möglich wäre, könnte Deutschland nicht angreifen solange Frankreichs Truppen das Rheinland besetzt haben. Fabry erklärte, daß er keinesfalls für die allgemeine Abrüstung eintrete, solange man nicht die Ueberzeugung habe, daß Deutschland seine Gesinnung völlig geändert habe und deshalb müßten vor allem die deutschen chemischen Institute überwacht und der französische Kundschafterdienst vermehrt werden. Darauf hielt Leon Daudet eine wüste Schmähredе, worin er auf Malvy, Caillaux und Bonnet Rouge zu sprechen kam, die schwere Stürme in der Kammer hervorriefen. Vincent, Auriol und Herriot erklärten, daß es vernünftiger wäre, die Kriegswerkstätten Frankreichs zu veranlassen, daß sie für das Land nützlichere Dinge, z. B. Lokomotiven, erzeugten. Kriegsminister Lefevre fand natürlich die Rede des Oberstleutnants Fabry zu optimistisch. Deutschland fühle sich nicht besiegt. Es gebe dort noch viele Leute, die auf den Vergeltungskrieg nicht verzichten wollen. Die deutschen Kriegswerkstätten arbeiteten weiter Kriegsmaterial. Man denke an neue Erfindungen. Dann erzählte er eine lange Geschichte unter welchen schweren Umständen die Militärkommission des Verbandes in Berlin arbeite, um die Abrüstung zu überwachen. Von einer Herabsetzung der Militärdienstzeit will Lefevre nichts wissen. Erst wenn die militärischen Jugendvorbereitungen ihre Früchte tragen und die allgemeine Dienstpflicht der schwarzen Truppen organisiert sein werde, könne Frankreich an eine Herabsetzung der Dienstpflicht denken. Viel Rühmens machte Lefevre davon, wie glänzend die militärische Aktion gegen Frankfurt gelungen sei. Was der Kammer Beruhigung geben könne, sei, daß, solange er Kriegsminister sei, solche Expeditionen sich immer leicht und glatt vollziehen würden. Solange Deutschland Schwierigkeiten mache, Kohlen zu liefern und die Milliarden zu bezahlen, müsse Frankreich eine Armee besitzen, die sich Achtung zu verschaffen wisse.

Unterredung mit Herrn Geheimrat Beukenberg, Generaldirektor des „Phönix".

(TU) Herr Geheimrat Beukenberg, Generaldirektor des Phönix, das heißt, des heute wohl mächtigsten Montankonzerns, hatte die Liebenswürdigkeit, Herrn A. Heinrichsbauer zu empfangen. In der Unterredung äußerte sich Herr Geheimrat Beukenberg über die wirtschaftliche Lage wie folgt:

Nach langwierigen Verhandlungen ist der Eisenwirtschaftsbund zustande gekommen. Wie er sich in der Praxis bewähren wird, ist abzuwarten. Es kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß die Organisation des Eisenwirtschaftsbundes sehr schwerfällig ist, sodaß mit einem reibungslosen Arbeiten leider nicht gerechnet werden kann. Entscheidend ist natürlich der Umstand, wie sich die linksrheinischen Werke in Elsaß-Lothringen, an der Saar und die im Aachener Bezirk zum Eisenwirtschaftsbund und seinen Beschlüssen stellen werden. Die von dorther dem Eisenwirtschaftsbund eventuell drohende Gefahr ist als ausschlaggebender Faktor stets mit in Rechnung zu stellen. Die erste äußerlich in Erscheinung tretende Handlung des Eisenwirtschaftsbundes bestand in der Herabsetzung der Preise. Sie darf jedoch nicht als Beginn eines grundsätzlichen Abbaues der Preise aufgefaßt werden; sie ist vielmehr nur darauf zurückzuführen, daß infolge der durch die Valutasteigerung ermöglichten Verbilligung des Erzbezuges zurzeit die Selbstkosten der Werke geringer sind als bei der Festsetzung der bis 1. Juni gültigen Preise. Ausschlaggebend ist jedoch in den Preisen der Höhepunkt bereits überschritten, da die Endverbraucher (teilweise bereits seit April) sich weigern, für die verfeinerten Erzeugnisse die hohen Preise der letzten Zeit anzulegen. Im allgemeinen ist jedoch, namentlich in den schweren Walzerzeugnissen, die Nachfrage immer noch lebhaft. Diese Nachfrage wird auch in absehbarer Zeit vorhanden sein, da der Bedarf, der bisher nur sehr knapp gedeckt werden konnte, eben zu groß ist. Mit einem Eisenüberfluß, der von manchen Seiten prophezeit wird, ist deshalb nicht zu rechnen.

Es hängt natürlich sehr viel davon ab, ob es gelingen wird, den Hüttenwerken die benötigten Mengen an Kohle und Erze zuzuführen. Für die Kohlenversorgung können sich unter Umständen dadurch Schwierigkeiten ergeben, daß am 1. Juni in voller Höhe unsere Lieferungsverpflichtungen an die Entente eingesetzt haben. Um den Ausfall an Kohlen und Koks für das deutsche Wirtschaftsleben nicht allzu groß werden zu lassen, muß die Regierung sobald wie möglich Maßnahmen treffen, die einen Ausgleich für die von uns zu exportierenden Mengen bieten können.

Die Lieferungen von Schwedenerzen, die trotz der Valutabesserung infolge der durch den Krieg herbeigeführten Verhältnisse und weiter infolge mehrerer für uns ungünstigen Reichsgerichtsentscheidungen immer noch sehr teuer sind, drohen zu stocken. In Gellivare und Kiruna ist Streik, in Grängesberg stellten die Arbeiter ein am 25. Mai abgelaufenes Ultimatum, dem ein Streik folgte. In Narvik kündigten die Arbeiter zum 31. Mai die Tarife, sodaß auch dort ein Streik ausbrach, der sich auf Lulea und die mittelschwedischen Höfen ausdehnen dürfte. Die hier drohenden Gefahren sind jedoch nicht allzu schlimm, da die Werke noch auf längere Zeit mit Schwedenerz versehen sind. Nebenbei bemerkt, kann aus diesem Grunde die Valutabesserung in der Preisgestaltung für Eisen- und Eisenerzeugnisse erst in einiger Zeit in Erscheinung treten. — Minette wird, wohl weil sich zurzeit die Ueberleitung in den freien Handel vollzieht, höchst unzureichend geliefert. Die Vorräte sind längst verbraucht. Ab 1. Mai erhebt Luxemburg auf Minette einen Ausfuhrzoll von einem Frs. je 1000 Klg. Kalkstein, Kalk und Dolomit werden im allgemeinen ausreichend geliefert.

Im Verkehrsleben sind seit einiger Zeit wieder Schwierigkeiten eingetreten. Tarifmäßig sind die Wagenstandgelder zwar am 1. Mai auf 10, 30 und 50 Mark herabgesetzt, aber das steht nur auf dem Papier, denn tatsächlich werden in den Bezirken Essen und Elberfeld noch 50, 75 und 100 Mark erhoben. Auch im demokratischen Staat macht das die Regierung, ohne die Verkehrstreibenden zu hören. Die Wagengestellung war wechselnd, teils ausreichend, teils nur bis zur Hälfte des Bedarfs. An langen Schienenwagen war andauernd großer Mangel. Neuerdings wurde an zwei Tagen der Versand wieder gesperrt. Die inländischen Wasserfrachten erreichten die drei- bis vierfache Höhe der Bahnfrachten, weil die Eisenbahn durch die Abdrängung des Verkehrs auf die Flüsse und Kanäle den Reedern geradezu ein Monopol gaben, das diese kräftig ausnutzten. Die große Steigerung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren ist inzwischen Tatsache geworden. Ab 1. Oktober soll eine nochmalige Erhöhung der Bahnfrachten in Aussicht stehen. Alles das hebt den Vorteil völlig auf, den die Steigerung des Markwertes bringen könnte und wird den gesamten Verkehr schließlich erdrosseln.

Zur Frage der Auslandsbeziehungen machte Herr Geheimrat Beukenberg folgende Ausführungen: Es wird für uns unbedingte Notwendigkeit bleiben, den Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland aufrecht zu erhalten. Von England und Frankreich drohen uns — wenigstens was den Absatz von Eisen anbetrifft — keine allzu großen Gefahren, da beide Länder bisher nach den von uns versorgten Staaten nicht allzu viel lieferten. Die größte Gefahr besteht natürlich angesichts des sprunghaften Wechsels des Markkurses darin, daß wir an den Weltmarktpreis herankommen, der für manche Produkte vor einiger Zeit erreicht bezw. sogar überschritten war. Besonders schlimm macht sich hier die Ausfuhrabgabe bemerkbar. Kaum je ist eine Verordnung unüberlegter am grünen Tische ausgearbeitet worden! Sie muß und wird verschwinden, denn die Abgabe ist nichts anderes, als ein natürlich unzeitgemäßer Ausfuhrzoll auf den vollen Rechnungswert der Ausfuhr. Daß die Abgabe umso unmöglicher wird, je mehr der Wert der deutschen Mark steigt, der Ausfuhrerlös in Mark also abnimmt, ist klar. Dagegen hält die Steigerung der Selbstkosten an. Deutschland muß zwar ausführen, aber wie kann es das unter solchen Umständen? Und daneben steht sogar noch eine allgemeine Ausfuhrabgabe in Aussicht, die als Ausgleichsabgabe gedacht ist! Nimmt man noch das andauernd überaus langsame Arbeiten der Ausfuhrbewilligungsstellen und deren ebenfalls zu Lasten des Lieferers gehende Kosten hinzu (es kommt vor, daß infolge Ausbleibens der beantragten Bewilligungen die seitens der Kundschaft beschafften Bankkredite verfallen und erneuert werden müssen, was Käufer und Verkäufer sehr verärgert), dann steht das alles einer Ausfuhrsperre geradezu ähnlich!

Herr Geheimrat Beukenberg schloß seine Darlegung mit dem Hinweis darauf, daß die wichtigste Forderung eine Stabilisierung der Verhältnisse sei. Erst müsse diese einmal eingetreten sein, damit man wenigstens einigermaßen die zukünftige Ueberwicklung übersehen könne. Die Stabilisierung müsse sich auch auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erstrecken, wobei leider manchmal die Betriebsräte Schwierigkeiten machten. Mit der Heraufsetzung der Preise sei bei Kohle und Eisen Halt gemacht. Das gleiche müsse bei den Löhnen geschehen. Hatte die Besserung des Markkurses an, wenn auch mit einigem Hin- und Herschwanken, so müßten die Preise und Löhne allmählich herabgesetzt werden. Nur so werde man die Besserung der Mark praktisch für jeden Einzelnen nutzbar machen, und zu billigen Preisen für alle Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs kommen. Die Preissenkung müsse hierbei der Lohnherabsetzung vorangehen. Bei Kohle und Eisen sei hiermit der Anfang gemacht.

Tagesereignisse.

— **(Die ersten Reichstagsarbeiten.)** Wie wir hören, wird der neue Reichstag nur bis zum 2. Juli tagen und sich alsdann auf einige Zeit vertagen, um erst wieder zusammen zu treten, wenn die Ergebnisse von Spaa vorliegen. Die ersten Sitzungen in der nächsten und übernächsten Woche werden ausgefüllt mit der Wahl der Reichstagspräsidenten. Entgegennahme von Erklärungen der neuen Regierung und Gegenerklärungen der Parteien, sowie Verabschiedung einiger wichtiger Vorlagen finanzieller Art: Bewilligung von Mitteln zur Senkung der Lebensmittelpreise, Bewilligung von Etatsmitteln für die Monate Juli—September. In sachliche andere Beratungen wird der Reichstag vorläufig nicht eintreten. Man rechnet, wenn in Spaa keine Zwischenfälle eintreten, Anfang August mit einem erneuten Zusammentritt des Parlaments, um der neuen Regierung Gelegenheit zu geben, sich einzuarbeiten.

— **(Die Wahl des Reichstagspräsidiums.)** Die Wahl des neuen Reichstagspräsidiums beschäftigt bereits die Fraktionen des Reichstags. Wie verlautet, wollen die Mehrheitssozialisten keine Präsidenten stellen, während die Unabhängigen Anspruch auf den ersten Präsidenten erheben. Wahrscheinlich dürfte aber eine Einigung dahin erfolgen, daß der Präsident von einer der Regierungsparteien gestellt wird, wahrscheinlich vom Zentrum, und die Rechte, die Demokraten und die Unabhängigen je einen Vizepräsidenten stellen. Die Wahl eines unabhängigen Sozialdemokraten zum ersten Präsidenten lehnen die bürgerlichen Parteien ab, weil sich diese Partei geweigert hat, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen.

— **(Ein Rechtfertigungsversuch der Unabhängigen.)** Die „Freiheit" bringt an erster Stelle in Fettdruck eine längere Erklärung, die den Zweck hat, die Weigerung der Unabhängigen, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen, vor der Partei zu rechtfertigen. Es heißt darin: In Deutschland ist eine Koalitionsregierung, die sich aus Vertretern der kapitalistischen Klasse und der Arbeiterklasse zusammensetzt, unmöglich. Die bürgerlichen Parteien dulden nur solche Sozialisten in der Regierung, die ihre sozialrevolutionäre Ueberzeugung abgeschworen und sich zum reinen Reformsozialismus bekannt haben. Auch die Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten ist für die U. S. P. D. nicht gegeben, solange die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer durch ihre Politik der Arbeitsgemeinschaft der kapitalistischen Produktion goldene Brücken bauen. Erst eine klare und unzweideutige Abwendung der Rechtssozialisten von ihrer schwächlichen und unfruchtbaren Reformpolitik und ein Bekenntnis zu dem Programm des revolutionären Sozialismus könnte unsere Partei veranlassen, dem Gedanken einer Koalition mit der rechtssozialistischen Partei näher zu treten.

— **Eine rein sozialistische Regierung** wollen die Braunschweigischen sozialistischen Parteien zusammenbringen, obwohl sie nur eine ganze knappe Mehrheit haben. Das haben die Bürgerlichen aber bisher zu verhindern vermocht, indem sie durch Fehlen dem Landtag jede Beschlußmöglichkeit nahmen. Um ihre Absicht aber dennoch durchzusetzen, brachten die Unabhängigen einen Dringlichkeitsantrag auf Aenderung der Geschäftsordnung ein. Danach sollten jetzt zur Beschlußfassung nicht mehr vierzig, sondern nur noch dreißig Abgeordnete erforderlich sein. Da die beiden bürgerlichen Fraktionen über insgesamt achtundzwanzig und die Sozialdemokraten über zweiunddreißig Sitze im braunschweigischen Landtag verfügen, könnten nach Annahme dieses Dringlichkeitsantrages die vereinigten sozialistischen Fraktionen in allen Fällen nach eigenem Belieben verfahren. Vor der Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen stellte der Führer der rechtsstehenden Parteien die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest und verhinderte dadurch die von den Sozialisten verlangte sofortige Aenderung der Geschäftsordnung.

— **(Bis der große historische Moment kommt.)** Bei der 50jährigen Gründungsfeier des nieder-österreichischen Landeslehrervereins erklärte Präsident Seitz u. a.: Wir wollen die Republik erhalten, wir wollen den Staat erhalten, bis der große historische Moment kommt, wo Deutsch-Oesterreich eingereiht wird in die große kulturelle Gemeinschaft des deutschen Reiches. (Lebhafte stürmische Zustimmung.) Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Lehrerschaft erklärt, an dem Gedanken der Staatshoheit über das gesamte Schulwesen festzuhalten.

— **(Vor den Konferenzen.)** Daily Telegraph erfährt, in diplomatischen Kreisen nehme man als wahrscheinlich an, daß, wenn die Konferenz von Spaa nicht noch einmal vertagt werde, sie zwischen Frankreich und England einerseits und Deutschland andererseits abgehalten werde. — Die Konferenz in Boulogne wird nach einer Havasmeldung eine interalliierte Konferenz und nicht lediglich eine Besprechung zwischen Lloyd George und Millerand sein. — Petit Parisien sagt, dies bedeute zweifellos, daß die Finanzübereinkommen, deren Abkommen nach der Konferenz von Hythe den Sachverständigen der beiden Mächte übertragen wurde, in den großen Zügen abgeschlossen sei. In Frankreich werde man diese Nachricht mit Freude begrüßen.

— **(Steuerbeschlagnahme durch die Entente.)** Der in Oberschlesien durch den 10prozentigen Abzug vom Lohn und Gehalt erbrachte Steuerbetrag wird nicht dem Reiche zufließen, sondern von der interalliierten Kommission angesammelt und zur Wiedergutmachung, also als Kriegsentschädigung, genommen werden. Die Kommission hat aus allen Steuern in den letzten zwei Monaten bereits 200 Millionen Mark eingenommen. Diese Maßnahme ist eine offenkundige Verletzung des Friedensvertrages.

— **(Deutschlands Auslandsabsatz auf dem Nullpunkt.)** Nach einer Erhebung des Verbandes sächsischer Industrieller sind in der letzten Zeit in einer Reihe von Industrien die Auslandsaufträge überhaupt weggeblieben, in 19 Zweigen der keramischen und der metallverarbeitenden Industrie, in den Webereien usw. ist in Deutschland der Absatz auf dem Nullpunkt angekommen. Unter anderem mußte mit der Fabrikation von gewissen Musikinstrumenten, photographischen Apparaten und anderen Geschäftszweigen aufgehört werden. Auch Geldschwierigkeiten machen sich bemerkbar, hier und da, wie es in der Erhebung heißt, mit katastrophaler Wirkung. Zahlreiche Industrien arbeiten nur 2, 3 oder 4 Tage in der Woche.

— **(Die Bergregale für den Staat.)** Der preußischen Landesversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes zur Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat zugegangen. Die hierzu erforderlichen Verhandlungen mit den Regalinhabern haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Abfindung des Herzogs von Arenberg ist in der Weise geregelt, daß der Herzog noch fünf Jahre lang die Hälfte, weitere 5 Jahre 1/3 und noch weitere fünf Jahre 1/4 der Regalabgaben erhält. Eine Entschädigung aus Staatsmitteln wird also nicht gewährt, vielmehr wird die Härte des Eingriffs nur durch Zulassung eines Uebergangszustandes gemildert.

— **(Englische Getreidelieferung an Deutschland.)** Der „Matin" meldet aus London, daß dem deutschen Lebensmittelkontrolleur Merz gelegentlich seines jüngsten Aufenthaltes in London zugesichert wurde, daß England 12000 Tonnen Getreide nach Deutschland liefern werde. Das Ansuchen um Lieferung größerer Mengen von Mehl, Speck und Schafen wurde abgelehnt.

— **(Hollands Doppelkredit an Deutschland.)** Der Gesetzentwurf betr. das holländisch-deutsche Kreditabkommen ist der holländischen Zweiten Kammer zugestellt worden. In den Erläuterungen heißt es u. a.: Auf Grund des Abkommens wird Holland einen zweifachen Kredit für Deutschland eröffnen, einen von 60 Mill. Gulden für den Ankauf von Lebensmitteln holländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs, einen zweiten von 140 Millionen Gulden für den Ankauf von Rohmaterialien. Für beide Kredite ist der Zinsfuß auf 6 Prozent festgesetzt. Als Unterpfand werden deutsche Schatzanweisungen bis zum Betrage von 200 Millionen Gulden bei der Niederländischen Bank deponiert. Die Rückzahlung des Lebensmittelkredites soll durch Verrechnung mit 25 Proz. des Preises der Kohlen erfolgen, die auf Grund des Abkommens durch Deutschland an Holland geliefert werden, mit der Maßnahme, daß Deutschland nicht mehr als 20 Millionen Gulden jährlich abzuzahlen braucht. Der Rohstoffkredit muß spätestens am 31. Dezember 1921 getilgt sein. Hierbei ist nicht bestimmt, daß die Rohstoffe niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs sein müssen. Dadurch kann Deutschland auf den vorteilhaftesten Märkten kaufen.

— **(England sucht Verbündete zur See.)** Angesichts der großartigen Neubauten von Kriegsschiffen in Nordamerika auf Grund des Marine-Programms empfehlen die Londoner Zeitungen, sich nach künftigen Alliierten zur See umzusehen, da Japans Bundesgenossenschaft nur für Ostasien in Betracht komme. England soll dem Beispiel Frankreichs, das zu Lande ein Schutz- und Trutzbündnis mit Belgien abgeschlossen hat, zur See folgen. Nun, von heute auf morgen steht ein englisch-amerikanischer Seekonflikt nicht in Aussicht, aber bezeichnend ist es doch, daß England und Frankreich sich nach der Niederringung Deutschlands sofort wieder nach neuen Bündnissen umsehen. Vielleicht sieht man nun auch in London ein, daß es doch ein großer Fehler war, Deutschland als Seemacht auszuschalten.

— **(Neue belgische Gemeinheiten.)** Aus Antwerpen wird gemeldet: Bei der deutschen Firma Sicks wurden am Donnerstag die Bureaus völlig zerstört. 500 Personen drangen in das Haus ein, während Tausende sich draußen angesammelt hatten. Alle Möbel wurden auf die Straße geworfen und gründlich vernichtet, ebenso sämtliche Geschäftsbücher. Als die Polizei endlich einschritt, war nichts mehr zu retten.

— **Eine unglaublich niederträchtige Gesinnung** hatte der ehemalige Vizefeldwebel Hermann Tietjens gezeigt, gegen den wegen empörender Soldatenmißhandlungen vor dem Kriegsgericht der früheren 18. Division in Altona verhandelt wurde. T. führte in Kriegsgefangenschaft eine Kompagnie deutscher Kriegsgefangener. Statt das Los seiner Landsleute zu erleichtern, verkaufte er sie geradezu, wie ein Zeuge es nennt, an die Engländer und behandelte sie in der verabscheuungswürdigsten Weise. Mißhandlungen und Beschimpfungen werden von einem Zeugen als alltäglich bezeichnet. T. ging ständig mit einem Rohrstock und schlug damit, wohin es traf, auch nackte Mannschaften. Schwache und Kranke, die sich nicht wehren konnten, behandelte er am schlimmsten, schlug sie und ließ sie tagelang frieren. Einer von ihnen starb kurz darauf. Den ohnehin abgemagerten Mannschaften verkürzte er wiederholt die Nahrung. „Euch verfluchte Hunde kriege ich durch Kälte und Hunger!" war seine stehende Redensart. Die Mannschaften hatten kein wirksames Beschwerderecht und waren ihm ausgeliefert. Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu der höchsten nach dem Gesetz zulässigen Strafe von fünfzehn Jahren Gefängnis und Degradation. Der Vorsitzende hob in der Urteilsbegründung hervor, daß auf Taten wie die des Angeklagten das ganze Volk mit grenzenlosem Abscheu blickt. Das Gesetz sähe aber Fälle von derartiger Bestialität anscheinend nicht vor, sodaß auf Zuchthausstrafe nicht erkannt werden konnte.

— **(Freisprechung der Marburger Freiwilligen.)** Im Prozeß gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen.

— **(Preisermäßigung in der Samtindustrie.)** Der Verband Deutscher Samt- und Plüschfabrikanten hat, wie die „Textil-Woche" mitteilt, ab 15 Juni die Preise für Kragensamte um 25 Prozent ermäßigt. Ferner hat der Verband Deutscher Samtband-Fabrikanten den Preisaufschlag für schwarzes Samtband um 540 Prozent auf 930 Prozent herabgesetzt, für farbiges Samtband um 580 Proz. auf 1060 Prozent.

— **(Selbsthilfe gegen die hohen Lebensmittelpreise.)** In Osnabrück setzte infolge der hohen Preise für Obst und Gemüse auf dem letzten Wochenmarkt zunächst ein Käuferstreik ein. Schließlich setzte das Publikum selbst die Preise fest. Da die Verkäufer sich dem Zwange fügten, kam es nicht zu größeren Gewalttätigkeiten. Anschließend hieran zogen verschiedene Trupps durch die Stadt und schrieben den Gemüse- und Lebensmittelgeschäften die Preise vor. So wurden Obst und Gemüse statt zu 4 Mark bis zu 50 Pfg. das Pfund verkauft, Fleischwaren, Butter usw. statt zu 26 Mark zu 12 und 10 Mark.

Jugendliche Verbrecher vor dem Schwurgericht.

S **Dortmund,** 21. Juni. Donnerstag und Freitag verhandelte das Schwurgericht gegen den 20 Jahre alten Bergmann Hermann Schyra aus Buer, der trotz seiner Jugend die Bahn des Verbrechens in grösslicher Weise beschritten und sich der Erpressung, des schweren Raubes, der Notzucht und der Bedrohung schuldig gemacht hat, sowie gegen den 18jährigen Fächerzeichner Gottfried Steingans aus Kupperstieg im Kreise Solingen und den am 24. September 1902 in Bochum geborenen Heizer Heinrich Kurabi, welche beide dem Schyra beim Raube Beistand geleistet haben sollen. Schyra ist kein Freund ehrlicher Arbeit und schon früh auf den Gedanken gekommen, sich auf unehrliche Weise mühelos durchs Leben zu schlagen. Die Opfer, die er sich im Herbst vorigen Jahres auserkor, waren seine eigenen Verwandten, sein Schwager, der Tagelöhner Franz Kampmann, dessen Bruder, der Landwirt Wilhelm Kampmann und die bei diesem im Dienst befindlichen Personen. Er wußte, daß die Brüder Kampmann einiges Geld besaßen und hatte es auf dieses abgesehen. Als am 10. Oktober v. J. Franz Kampmann abends in seine Wohnung zu Scheidingen von einem Ausgang zurückkehrte, traf er Hermann Schyra, der ihn auf seinem Gruß nicht dankte, sondern ihn alsbald mit einem vom Tisch genommenen Brotmesser anfiel und Geld forderte. Jedenfalls aus Angst vor dem gewalttätigen Burschen hatte Wilhelm Kampmann 3000 Mark bares Geld, das er im Hause hatte, auf dem Boden versteckt. Das hatte am 11. Oktober Schyra erfahren und er herrschte deshalb seinen Schwager Franz an: „Sag mal, Du Lump, warum hast Du das Geld auf dem Boden versteckt?" Die Frage begleitete er mit einem Angriff auf Franz K., wobei er ein Dolchmesser in der Hand hatte. Wilhelm Kampmann sah sich veranlaßt, die 3000 Mark wieder aus dem Versteck zu holen und zu sich zu nehmen. Bei seiner Heimkehr am Abend wurde er von Schyra ungnädig empfangen, der wissen wollte, warum K. sein Geld mitgenommen habe. Die Schwester Schyras suchte, zu vermitteln und Wilhelm K. zu veranlassen, ihrem Bruder, dem armen Teufel, 200 Mark zu geben. Dieser verlangte aber 500 Mark, wenn er nicht das ganze Haus in Brand stecken solle. Schyra hat dann verschiedentlich versucht, im Pferdestall, in der Scheune usw. Feuer anzulegen. Das Entstehen eines Brandes konnte stets verhindert werden. Dabei sagte Schyra zu seiner Schwester und der Wirtschafterin Weidemann, daß sie ihre Sachen packen sollten, da in 3 Stunden alles in Flammen stehe. Aus Furcht hat Wilhelm Kampmann dem Wütenden 500 Mark gegeben. Das Geld scheint nicht lange bei Schyra vorgehalten zu haben, denn in der Nacht zum 17. November brach er in Gemeinschaft mit Kurabi bei Wilhelm Kampmann ein. Während Schyra aufpaßte, stieg Kurabi in die Fensterkammer und holte dort aus einem Koffer 200 Mark. Aus dem Wohnzimmer nahmen die beiden Einbrecher noch eine Jacke, einen Ueberzieher, 1 Ohrenmütze, ein Paar Schuhe, 1 Brieftasche mit 35 Mark, 1 Taschenlampe, 1 Paar graue Handschuhe, ferner 1 Paar Hühner, Brot und Butter mit. Dann gingen sie zur Wohnung der Eheleute Franz Kampmann, die in der Zwischenzeit in ein benachbartes Haus gezogen waren, brieten die Hühner und verzehrten sie. Am 23. November kam Hermann Schyra von Gelsenkirchen wieder nach Scheidingen in der Absicht, sich Geld von Wilhelm Kampmann zu holen. In seiner Begleitung befanden sich Kurabi und Steingans, der in Wanne dazugekommen war. Schyra und Kurabi waren mit einem Revolver bewaffnet. Sie kehrten zunächst bei Schyras Schwester ein. Am Abend suchte Sch. den Wilhelm Kampmann in dessen Wohnung auf und forderte von ihm unter Vorhaltung von 2 Revolvern, ihn aufzunehmen. Wilh. K. wies ihm einen Raum über dem Kuhstall an, wo Sch. nächtigte. Am andern Morgen sagte Sch. seiner Schwester, daß er die nächste Nacht bei der Haushälterin Sch.'s schlafen werde. Kurabi und Steingans sollten mit zu W. K. kommen. Als sie kamen, stiegen die drei Angeklagten in das Wohnzimmer W. Kampmanns ein. Da sie durch eine verschlossene Tür am Weiterdringen verhindert wurden, stiegen sie wieder aus und versuchten, die Haustür zu erbrechen. Da wurde Wilh. K. wach und erschien an der Haustür. Während Sch. ihn mit einer Taschenlampe blendete, drang Steingans mit einem Dolchmesser auf W. K. ein und Kurabi schoß, verletzte den W. K. aber nicht. Jetzt kamen Franz Kampmann und der Knecht Stöwe hinzu. Von letzterem verlangte und erhielt Sch. einen liegengelassenen Revolver, verschloß alle Türen, daß niemand entweichen konnte und stellte den Steingans mit einem Gewehr als Wache aus, damit sie nicht von der Bürgerwehr überrascht würden. Kurabi erhielt Befehl, die beiden Kampmanns und Stöwe in der Küche zu bewachen und zu schießen, wenn sie entweichen wollten. Auf einen Vorwurf Wilh. Kampmanns rief Schyra: „Die Pferde heraus; alles was hier lebt, wird kaputt geschossen!" Dann begann Schyra, nachdem er einen Kleiderschrank erbrochen und Geld daraus entwendet, ferner die Speisekammer gewaltsam geöffnet und dort einen Koffer des Franz Kampmann geplündert, während Kurabi eine Mütze voll Eier genommen, in der brutalsten Weise das seiner Schwester angekündigte Verbrechen an der Haushälterin. Später brieten sich die Angeklagten in der Küche Speck und Eier und ließen sie sich munden. Wilhelm Kampmann wurde verhindert, nach oben zu gehen. Er hat Schyra, ihm zu Füßen fallend, ihm doch die 1000 Mark zu lassen, die ihm nun gehörten. Dafür wolle er ihm 300 Mark geben, die im Koffer lägen. Darauf nahm Sch. die 300 Mark selbst aus dem Koffer. Wilh. Kampmann lag am Boden und jammerte: „Schießt mich tot! Schießt mich tot!" Darauf sagte Schyra zu dem hinzukommenden Franz Kampmann: „Dein Bruder will erschossen werden, dann kann man ihn ja erschießen." Dabei schoß er über Wilhelm K. hinweg. Dann verließen die drei Angeklagten das Haus, indem sie Butter, Speck, Eier, Wurst und 1500 Mark bares Geld mitnahmen. Der Schaden, den sie angerichtet hatten, wird ebenfalls auf 1500 Mark beziffert. Beim Scheiden drohte Schyra, daß er alle erschießen werde, wenn etwa Anzeige erstattet werden sollte. Dann hat Schyra im September oder Oktober 1919 zu einer Theodore Weißmann, die es ablehnte, mit ihm zu verkehren, geäußert: „Einer von uns beiden muß weg, Du oder ich." Bei einem späteren Zusammentreffen mit der Weißmann rief er dieser zu: „Du dämliches Luder, daß ich Dir nicht gleich einen in den Balg hineinjage." Dem eiligst davonlaufenden Mädchen schickte er einen Schuß nach, der nicht traf. Nachdem die Geschworenen die im Sinne der auf Grund dieser Vorgänge erhobenen Anklage gestellten Schuldfragen beantwortet, dem Schyra auch mildernde Umstände beim Raub versagt hatten, beantragte der Staatsanwalt gegen Schyra wegen Erpressung, schweren Raubes, Notzucht, Bedrohung und verübtem Waffenbesitzes 10 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Steingans 10 Monate Gefängnis und gegen Kurabi 7 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete diesem Antrage entsprechend. Die gegen Kurabi verhängte Strafe wurde als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet.

Kleine Nachrichten

In Ludwigshafen ist zum Protest gegen die französischen Uebergriffe der Generalstreik ausgebrochen.

Französische Blätter sprechen von einer Verschiebung der Spaa-Konferenz auf den 10. Juli.

Die Türken haben die Engländer aus Ismid, 70 Kilometer östlich von Konstantinopel, vertrieben.

Der sächsische Kommunist Hölz, der sich in einer tschechischen Strafanstalt befindet, ist an einem mit schweren Bewußtseinsstörungen verbundenen Nervenleiden erkrankt.

In Südtirol (Trentino) sind Unruhen gegen die Italiener ausgebrochen, die bereits Tote gefordert haben.

Der Oberste Rat wird, nach Schweizer Meldungen, für die Kosten der Besatzungsarmeen für das erste Vierteljahr 2500 Millionen Mark von Deutschland fordern.

Die Beamten und Angestellten des Saarreviers fegten gegen die Maßnahme der Franzosen, die Frankenwährung im Bergbau einzuführen, scharfen Protest ein. Sie erklärten, daß sie auf Grund von den vereinbarten Gehaltssätzen in Mark in die Dienste eingetreten seien und die Verwaltung die rechtliche Verpflichtung habe, bei der Markwährung zu bleiben.

Die schwedischen Kammern haben einer Entschließung zugestimmt, nach welcher die ob ligatorische Militärdienstpflicht für 1920 auf eine Frist von 155 Tagen beschränkt wird.

Die Nachricht, daß General Lüttwitz, Oberst Bauer, Major Bischoff und Korvettenkapitän Ehrhardt sich in Budapest aufhalten, ist, wie laut Ung. Korr.-Bur. amtlich festgestellt wird, vollständig aus der Luft gegriffen.

Nach der Rohaufstellung des Etats der Stadt Frankfurt besteht ein Fehlbetrag von 58 Millionen Mark.

Von zuverlässiger Quelle erfährt die „Badische Landeszeitung", daß die ehemalige deutsche Kaiserin in Holland so schwer krank ist, daß eine schlimme Wendung zu befürchten ist.

Launen des Schicksals.

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

(Nachdruck verboten.)

10. Fortsetzung.

Bei ihrem Eintritt sprang Liane auf und umarmte sie mit ungewohnter Lebhaftigkeit; und Steiner ärgerte sich im stillen, wie kühl und gleichgültig sich Gerda der jungen Braut gegenüber verhielt. Er konnte es überhaupt nicht fassen, daß es einen Menschen auf der Welt gab, der dem holden Liebreiz Lianes gegenüber empfindungslos zu bleiben vermochte.

Einen Augenblick ruhten Gerdas kalte Finger in seiner Rechten, und die gemurmelten Worte, die er nicht verstand, sollten wohl einen Glückwunsch bedeuten. Doch er hatte keine Zeit, sich weiter über die kleine Schwägerin zu ärgern, und schließlich war es ja auch nicht der Mühe wert! — —

Man beschloß, die Reise noch um zwei Tage aufzuschieben, damit die Verlobung erst veröffentlicht werden konnte und Steiner dann das Recht hatte, in dem Seebade — wohin er der Familie seiner Braut folgen wollte — als der erklärte Bräutigam Lianes aufzutreten.

Die Hochzeit sollte bald nach der Rückkehr, noch im Laufe dieses Herbstes stattfinden. Liane war mit allem einverstanden, was er bestimmte; eine selten fügsame, nachgiebige Braut.

Als Steiner zu spät vorgerückter Stunde das gastliche Haus der Schwiegereltern verließ, ging er noch stundenlang in seinem Garten spazieren. Ein überquellendes Gefühl der Dankbarkeit ließ ihn keine Ruhe finden. Wie gut hatte es doch das Schicksal mit ihm gemeint! Erst hatte es ihn mit Hab und Gut überschüttet, und nun, zur Krönung des Ganzen, hatte es ihn dieses holde Kind gewinnen lassen. Bei ihr durfte er sicher sein, daß es nicht sein Reichtum war, der sie in seine Arme trieb.

Sie hatte wohl überhaupt kein Verständnis für Geld und Geldeswert in ihrer süßen, schlichtenen Bescheidenheit. Wie sie wohl staunen würde, wenn er sie mit allem Glanz und Luxus überschüttete und wie kindlich-zaghaft sie wohl die ersten Schritte in das Land des Ueberflusses, in das er sie zu führen gedachte, tun würde, bis sie sich wirklich als Herrin all der Herrlichkeiten fühlen würde! — Ein weiches, zärtliches Lächeln verschönte sein Gesicht, als er den Blick zu ihrem Fenster hinaufschweifen ließ. . . . . Dort war noch Licht. Ihr erging es wohl ebenso wie ihm; sie konnte nicht schlafen, und in Gedanken spann sie schöne Zukunftsträume! —

Steiner hatte recht: Liane schlief nicht; doch war das finstere Gesicht, mit dem sie nachdenklich saß, bald die Feder zur Hand nehmend, bald sie wieder unschlüssig sinken lassend, wohl nicht das einer Braut, die frohe Zukunftsträume entwirft.

Sie hatte eine unangenehme halbe Stunde hinter sich und war sich noch nicht ganz klar, was sie eigentlich tun sollte. Als sie, nachdem die Eltern sich zurückgezogen hatten, in Gerdas Zimmer getreten war, um noch ein Weilchen mit ihr zu plaudern, hatte sie diese im Dunkeln am Fenster sitzend gefunden. Bei ihrem Eintritt war Gerda aufgefahren.

„Was willst du hier?" hatte sie ihr mit heiserer Stimme entgegengerufen. „Geh, ich will dich nicht sehen! Oh, du bist schlecht, ganz schlecht!" Dann war sie in ein haltloses Weinen ausgebrochen.

„Möchtest du mir nicht gefälligst sagen, was dir eigentlich einfällt?" hatte Liane gefragt, nachdem sie das Licht angezündet hatte.

„Das fragst du noch, nach dem, was du heute getan hast? Du hattest kein Recht, dich mit Steiner zu verloben; du warst bereits gebunden. Herbert wartet auf dich und arbeitet für dich. Ich bin Zeuge gewesen, wie ihr neulich in der kleinen Laube Abschied genommen habt".

hatte sie ihr herausfordernd ins Gesicht geschrien.

Einen Augenblick hatte es geschienen, als ob Liane die Fassung verlieren wollte. Dann hatte sie hysterisch gelächelt: „Erstens laß dir sagen, Darling, daß es eine sehr häßliche Gewohnheit ist, andern Leuten nachzuspionieren, und zweitens, daß es eine Torheit von dir ist, eine kleine, harmlose Kinderei so aufzubauschen. Ich habe wahrhaftig die ganze Sache niemals ernst genommen."

„Und Herbert? Wenn er an deiner Untreue zugrunde geht?"

„Er wird vernünftig sein, wenn er sich vollendeten Tatsachen — in diesem Falle meiner Verlobung mit Steiner — gegenüber sieht. Aber — sieh, sieh! Du scheinst ja ein ganz außerordentliches Interesse an Herberts Wohl und Wehe zu nehmen! So nimm du ihn doch, er ist ja nun wieder frei."

Sie hatte hell aufgelacht und dann ernster hinzugefügt: „Raten kann ich allerdings nicht dazu. Herbert ist arm, was wir selbst es sind. Ich weiß ja nicht, wie du darüber denkst, aber das eine ist gewiß, daß ich es nicht ertragen würde, in ärmlichen Verhältnissen zu leben; Armut ist für mich schlimmer, als der Tod. Ich brauche Geld, Geld, um glücklich zu sein, Glanz und Ueberfluß; und das alles kann mir Steiner bieten, und darum sage ich dir: Hüte dich mir irgend einen Stein in den Weg zu legen!" Wie das Zischen einer Schlange hatte ihre Stimme zuletzt geklungen.

Als sie von Gerda keine Antwort erhalten hatte, war sie in ihr Zimmer zurückgegangen. Aus ihrer behaglichen Stimmung hatte diese Unterredung mit Gerda sie jedoch aufgerüttelt.

Sollte Herbert vielleicht ebenso überspannt sein, wie die Schwester und in seiner ersten Ueberraschung ihr gar Unannehmlichkeiten bereiten? Vielleicht war es besser, sie schrieb ihm und appellierte an seine Ritterlichkeit, ehe er die offizielle Verlobungsanzeige erhielt.

Schon hatte sie die Feder in der Hand, dann warf sie sie wieder beiseite. Nein, und tausendmal nein: nichts Schriftliches aus der Hand geben. So konnte sie noch immer Mißverständnisse vorschützen, und sie wußte, Steiner würde ihr glauben und nicht andern. Er glaubte ihr alles. Ein spöttisches Lächeln huschte um ihren Mund. Nein, sein Vertrauen war felsenfest, das konnte ihr niemand rauben; wozu sich also beunruhigen.

Sie gähnte: es war schon spät, und die Müdigkeit machte sich geltend. Rasch löschte sie das Licht aus und schlüpfte ins Bett.

Schon längst schlief sie, als aus Gerdas Zimmer immer noch ein leises Schluchzen erklang. Gerdas Herz schwankte zwischen Furcht und Hoffnung. Erst war es nur das Mitleid mit dem Jugendgespielen gewesen, das ihr die harten Worte gegen die Schwester in den Mund gelegt hatte. An sich selbst hatte sie nicht gedacht, und erst die höhnenden Worte Lianes: „So nimm du ihn doch!" hatten den Feuerbrand in ihre Seele geschleudert und die Hoffnung in ihrem Herzen geweckt. Wenn es möglich sein würde, ihn doch für sich zu gewinnen! — Ihr Herz pochte stürmisch. Aber nein, wie konnte sie nur an sich denken, wo ihm so schweres Leid bevorstand! Wie gern hätte sie alle ihre Wünsche und Hoffnungen zum Opfer gebracht, um ihm Kummer und Schmerzen zu ersparen, und doch lag das nicht in ihrer Macht, denn was hätte sie tun können, um Lianes Sinn zu ändern!

Sie hatte das heiße Gesicht in die Kissen gepreßt und weinte haltlos in sich hinein, bis der Traumgott sie in seine Arme nahm und ihr liebliche Bilder vorzauberte. Ein bescheidenes, friedliches Heim zeigte er ihr, und darin waltete sie, an seiner Seite, als seines Herzens Königin.

* * *

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 21. Juni. (Verschiedenes.) Bei einer Einbruchsdiebstahlsversicherung, die erst in den unruhigen Zeiten nach Ausbruch der Revolution geschlossen worden ist, kann sich die Versicherungsgesellschaft gegenüber ihrer Inanspruchnahme aus einem in solcher Zeit erfolgten Einbruch nicht ohne weiteres auf die in ihren Versicherungsbedingungen enthaltene Aufruhrklausel berufen, wenn die Sicherheitsverhältnisse ungefähr gleich geblieben sind und sich in der Zwischenzeit seit Abschluß der Versicherung bis zum Einbruch nicht wesentlich verschlechtert haben. In diesem Sinne ist jetzt ein Streitfall vom Reichsgericht entschieden worden.

Mit der Aufhebung des Belagerungszustandes ist die Tätigkeit des infolge der Märzunruhen eingesetzten außerordentlichen Gerichts (Außerordentliches Kriegsgericht) zu Ende gegangen. Von den etwa 1500 Sachen, die ihm bisher überwiesen worden sind, hat es rund 3—400 erledigen können. Die restlichen Sachen werden nunmehr an das ordentliche Gericht überwiesen, als welches zunächst wohl das Schwurgericht in Frage kommt. Das Schwurgericht wird mindestens ein Jahr lang ohne Unterlaß tagen müssen, bis es all die ihm zu überweisenden Sachen aufgearbeitet hat. Das infolge der Juli-Unruhen im vorigen Jahre eingesetzt gewesene außerordentliche Kriegsgericht hat von den an es gelangten etwa 2300 Sachen reichlich 2100 erledigen können, bis es der Auflösung verfiel.

(Neue Verkehrseinschränkung im Herbst?) Das Reichsverkehrsministerium macht bekannt, daß die Verkehrsschwierigkeiten noch nicht überwunden sind und daß im Herbst wieder mit einer bedeutenden Verkehrseinschränkung in der Personenbeförderung gerechnet werden müsse.

(Keine Verbilligung des Fernsprechers.) Zu den Gerüchten, wonach eine Verbilligung des Fernsprechers in zuständigen Kreisen erwogen werde, erfährt man aus dem Reichspostministerium, daß diese schöne Aussicht leider nicht den Tatsachen entspricht. Es werden allerdings augenblicklich Erörterungen angestellt, die darauf hinauslaufen, die Telephongebühren entsprechend dem Grade der Benutzung des Fernsprechers abzustufen. Ob dabei aber eine Verbilligung herausspringen wird, darf man füglich bezweifeln.

(Die Fernsprechzwangsanleihe.) Von der Postbehörde wird ein Merkblatt über den einmaligen Beitrag der Fernsprechteilnehmer herausgegeben, das den Zweck dieser stark angefeindeten Anleihe den Fernsprecheinnehmern klar machen will. Danach fließen die Beiträge nicht etwa als Gebühreneinnahme in die allgemeine Reichskasse, sondern bleiben ausschließlich zur Verfügung der Telegraphenverwaltung. Der gesamte Fonds wird vom Reichspostminister verwaltet. Die Verwendung wird alljährlich in einer Anlage zum Haushalt der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nachgewiesen so daß auch der Reichstag die Zweckmäßigkeit der Ausgaben prüfen kann. Besonders betont wird, daß der notwendige Betrag von über einer Milliarde Mark von den neuen Teilnehmern, unter denen sich viele Geschäftsträger und Kriegsteilnehmer befinden, allein nicht aufgebracht werden kann. Da die jetzigen Teilnehmer aus der Verbesserung (?) und der Erweiterung des Verkehrs den gleichen Vorteil haben, ist ihre Beteiligung an der Leistung des einmaligen Beitrages durchaus gerechtfertigt. Bezüglich der Verzinsung der Beiträge mit 4 Proz. behauptet das Merkblatt, daß im Vergleich mit der Verzinsung der Sparkassenanlage, die gegenwärtig 3 bis 3½ Proz. beträgt, die Verzinsung der Fernsprechbeiträge reichlich sei. Es wäre auch nicht beabsichtigt, den Zinsfuß später herabzusetzen.

(Die Erhebung der Einkommensteuer durch Lohnabzug.) Auf Grund der §§ 45, 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (R.-G.-Bl. S. 359) und der von dem Reichsminister der Finanzen hierzu erlassenen Verordnungen ist jeder Arbeitgeber mit Wirkung vom 25. Juni ds. Js. ab verpflichtet, bei der Lohnzahlung für jeden Arbeitnehmer, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, zehn vom Hundert des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag bei der Auszahlung des Arbeitslohnes Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und zu entwerten. Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung der Steuerkarte, welche auch den vollen Wortlaut der Verordnung enthält, erfolgt unentgeltlich. Die Ausstellung kann von der Gemeindebehörde auch dem Arbeitgeber überlassen werden. Die Steuermarken selbst sind einstweilen nur bei den Postanstalten erhältlich. Auf Antrag des Arbeitgebers kann die Steuerbehörde gestatten, daß die Verwendung von Steuermarken unterbleiben. Der Betrag des zehnprozentigen Lohnabzugs wird dann durch den Arbeitgeber in bar oder durch Ueberweisung auf Postscheck- oder Bankkonto bei der Steuerhebestelle entrichtet. Der Arbeitgeber ist in diesen Fällen verpflichtet, dem Arbeitnehmer auf dessen Verlangen monatlich eine Bescheinigung über den ausgezahlten Lohn und den einbehaltenen Betrag auszustellen.

(Betriebsräteschule in Kamen.) Auf Veranlassung des Bergarbeiterverbandes fand am Mittwoch nachmittag im „Nassauer Hof" in Hamm eine Versammlung der Betriebsräte des Hamm-Bezirks statt. Besprochen wurde, demnächst in Hamm und Kamen Betriebsräteschulen ins Leben treten zu lassen. Die Dauer eines jeden Kursus beträgt zunächst acht Wochen. Hamm sind 35, Kamen 51 Betriebsräte zur Unterweisung zugewiesen. Die von dem Steiger August Halbfell in Buer verfaßte Vortragsdisposition weist eine Fülle von Unterrichtsmaterial auf. An zwei Nachmittagen werden die Betriebsräte von Fachkundigen in mehreren Stunden unterrichtet.

Der Verein für Handel und Gewerbe e. V. Kamen hielt am Donnerstag im Vereinslokale, Hotel Bergheim, seine Versammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr H. Müller, eröffnete selbige und dankte für das Erscheinen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Herr Müller mit warmen Worten des Dahinscheidens des Vorstandsmitgliedes Herrn Kaufmann G. Gerdts. Der Verstorbene habe stets mit Lust und Seele für den Verein gearbeitet. Für seine Verdienste hatte ihn der Verein in der ausgehenden Jahre in den Vorstand gewählt. Leider konnte er, seiner Krankheit wegen, in den letzten Monaten den Sitzungen nicht mehr beiwohnen. Man habe an dem Verstorbenen eins der eifrigsten Mitglieder verloren. Ihm zu Ehren erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Als neue Mitglieder wurden die Herren Mohnen und H. Ruckebier aufgenommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der seinerzeit vom Verein für Handel und Gewerbe gemachte Antrag an den Magistrat betr. Ersetzung der Plünderungen, bisher unbeantwortet geblieben sei. Deshalb seien verschiedene Mitglieder zur Vernehmung vorgeladen worden. Alsdann machte Herr Müller die Mitglieder aufmerksam auf die Bezahlung von Steuern der Angestellten durch Klebemarken und gab der Versammlung hierüber die Bestimmungen bekannt. Weiter wies er auf den Verkehr mit Lieferanten hin. Man solle lernen Kauf abschließen, wonach man nach Erhalt der Rechnung sofort oder nach 14 Tagen das Geld einzusenden habe, da die Waren durchschnittlich immer erst später ankämen. Man solle niemehr wie früher auf 30 Tage Ziel drängen. Auf einen Antrag des Vereins für Handel und Gewerbe an den Magistrat, um einen Zuschuß zur Handelsschule, man habe bisher noch nichts erhalten, jedoch glaubt der 1. Vorsitzende, in dieser Beziehung noch etwas zu erzielen. Die Schüler der Handelsschule Kamen ersuchen den Verein für Handel und Gewerbe um einen Ausflug wie alljährlich. Der Verein wird sich an dem Ausflug beteiligen und wird das Weitere dem Vorstande überlassen. Darauf wurde die Versammlung vom 1. Vorsitzenden, Herrn Müller, geschlossen.

(Bürger-Schützen-Verein.) Am Freitag abend fand im Schützenhof eine außerordentliche Generalversammlung des Bürger-Schützen-Vereins statt, die sich mit der Feier des 100-jährigen Bestehens beschäftigte. Es wurde beschlossen, dieses seltene Vereinsjubiläum durch Zapfenstreich, Festakt, Konzert und Ball am 31. Juli und 1. August im Schützenhof zu Kamen festlich zu begehen. Das Programm sieht ferner eine Aufführung von lebenden Bildern aus der Vergangenheit des Vereins vor; auch soll die historische Polonaise auf dem Marktplatz nicht fehlen. Der dreijährige Vereinsbeitrag wurde auf 5 Mark pro Mitglied festgesetzt.

Pelkum, 21. Juni. **(Kriegsgericht.)** Die Bergleute August Rogalski, Franz Ott und Kaspar Zebula, erstere beiden aus Pelkum, letzterer aus Datteln, waren seinerzeit Rotgardisten. R. beteiligte sich an der Brückenbesetzung in Olfen, will dort aber nur Wache gestanden haben. Ott war Gruppenführer, wenn Beschlagnahmungen vorgenommen wurden und wurde in dieser Hinsicht von Zebula unterstützt. Rogalski erhielt vom Kriegsgericht Münster 7 Monate, die beiden anderen 6 Monate Zuchthaus. — Der Bergmann Hermann Springmann aus Bönen war Mitglied des Arbeiterrates und ließ in der Gegend von Holthausen, Capelle usw. Waffen und Fahrräder beschlagnahmen. Die Requisitionsscheine waren mit seinem Namen unterzeichnet. Den Angeklagten wurden vom Kriegsgericht Münster mildernde Umstände zugebilligt, sodaß er mit 1 Jahr Gefängnis davonkam.

Weddinghofen, 21. Juni. **(Viehdiebstahl.)** Dem Gutsbesitzer Schulte-Ostermann auf Belmede wurde in der Nacht zum Freitag auf der Weide an der Ziegelei ein rotbunter Bulle abgeschlachtet und fortgeschafft. Wie aus einer Anzeige in der heutigen Nummer hervorgeht, setzt der Bestohlene eine Belohnung von 1000 Mark für die Feststellung der Täter aus.

? **Wiescherhöfen**, 21. Juni. **Ein raffinierter Schwindler** erschien am 15. ds. Mts., 9 Uhr vormittags, bei dem in der Kokerei der Zeche „de Wendel" beschäftigten Arbeiter Paul Sch. aus Wiescherhöfen und erkundigte sich eingehend nach dessen Ablösung. Als Sch. ihm erzählte, daß W. aus Wiescherhöfen sein Ablöser sei, erwiderte der Unbekannte, daß er noch unverzüglich zu ihm müsse, um ihm bei ihm gekauftes Weizenmehl zu bringen. Auf die Frage des Sch., ob auch er etwas Mehl bekommen könnte, gab er ihm einen Zettel und bat um seine Adresse. Nun war der Zettel quer gefaltet und die obere Hälfte bereits vorher von dem Gauner beschrieben worden, sodaß nach dem Auseinanderfalten es den Anschein hatte, als ob Sch. wirklich unterschrieben habe. Dann begab der Schwindler sich zu Frau Sch., ließ sich auf Grund dieses „Dokumentes" 200 Mark geben und verschwand damit. Der Schwindler wird wie folgt beschrieben: 1,60 bis 1,70 Meter groß, etwa 30 Jahre alt, Bekleidung: dunkelbraunes Jakett, gestreifte Hose, schwarze Gamaschen u. schwarze Schnürschuhe, die auffallend breit waren. Kopfbedeckung: dunkelgrauer Hut mit schwarzem Band. Das Gesicht und der Hals sind von der Sonne sehr gebräunt. Die Zähne sind vollständig, nur einige sind aus der Reihe etwas herausgewachsen. Am 15. Juni, 4 Uhr nachmittags, ist der Schwindler in Begleitung zweier jugendlicher Personen auf der Bahnhofstraße in Hamm gesehen worden.

(s) **Westhofen**, 17. Juni. **(Gefaßte Spitzbuben.)** Der hiesigen Polizei gelang es, wiederum drei Spitzbuben abzufassen. Die Schlosser H. L., E. und F. H., sämtlich von hier, hatten am hellen Tage von dem Hofe des Landwirts Moritz Beckhaus in Ergste ein wertvolles Schaf entwendet und versuchten es abends am hiesigen Bahnhof zu verkaufen. Hierbei wurden sie von der benachrichtigten Polizei überrascht.

Schadenhaftung der Gemeinde bei Verletzung einer Straßenpassantin.

Am 1. Februar 1917 stand die Ehefrau R. in Kiel auf der Straße mit einer Frau im Gespräch unmittelbar neben einer Straßenlaterne. Ein Arbeiter war damit beschäftigt, die Laterne zu putzen. Dabei löste sich der eiserne Deckel der Laterne, der zurückgeklappt wird, um die inneren Scheiben putzen zu können, aus dem Gelenk; er fiel herunter und traf Frau R. auf den Kopf. Wegen der dadurch erlittenen erheblichen Verletzungen verlangt Frau R. mit der vorliegenden Klage von der Stadtgemeinde Neuß Schadensersatz. — Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Beklagte zum Schadensersatz verurteilt. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Der Schadensanspruch der Klägerin ist aus § 836 BGB. begründet. Die Beklagte hat den ihr nach § 836 BGB. obliegenden Beweis, daß sie zum Zwecke der Abwendung der Gefahr die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet habe, nicht erbracht. Zur Erfüllung dieser Sorgfaltspflicht hätte die Beklagte die Straßenlaternen in gleichmäßigen kürzeren oder längeren Zwischenräumen prüfen lassen müssen, ob sie sich in einem eine Gefahr für den Straßenverkehr ausschließenden Zustande befanden. Daran hat es hier gefehlt. Sie ist deshalb gemäß § 836 BGB. der Klägerin zum Schadensersatz verpflichtet. — Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die von der beklagten Stadtgemeinde eingelegte Revision zurückgewiesen. (Aktenzeichen: IV. 161/18. — 12. 7. 19.)

Aus dem Reich der Fabel.

Wolffs Büro meldet: Durch die Auslandspresse geht folgende Nachricht: Die deutsche Regierung wird unmöglich die Genauigkeit der nachfolgenden Information leugnen können: Vor einigen Wochen fand in Berlin ein geheimer Rat statt. Einige Minister wohnten dieser Beratung bei. Im Laufe dieser Beratung wurde die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen anderseits erwogen. Gegen Frankreich könne Deutschland 700 000 Mann ins Feld stellen, gegen Polen 200 000. — Nach Rücksprache mit unterrichteten Kreisen ist hierzu das Folgende zu sagen: Wie Dr. Geßler schon am 5. Juni in einem Interview Mister Stunders, früheren Korrespondenten der Times erklärte, ist die Nachricht von Anfang bis Ende in das Reich der Fabel zu verweisen. Es hat kein Minister einer Besprechung beigewohnt, in der auch nur indirekt oder bedingt solche Erörterungen gepflogen wurden.

*

— **(Ein Glückwunsch an Schleswig.)** Der Reichspräsident ließ dem Oberbürgermeister Flensburgs folgendes Telegramm zugehen: Anläßlich der Rückkehr der alten deutschen Stadt Flensburg und der zweiten Zone zum deutschen Mutterlande bitte ich Sie, der Bevölkerung meinen herzlichen Glückwunsch auszusprechen. Die unwandelbare Treue und die Zuversicht der deutschen Grenzmark führte nach langen Monaten Bangens und Murrens zum Erfolge. Flensburg und die zweite Zone sind nun für immer an dem deutschen Vaterlande verbunden, dessen Regierung Treue um Treue vergelten wird.

— **(Ein Sowjet-Aufruf gegen Polen.)** Wie Berlingske Tidende aus Helsingfors meldet, fordern Lenin, Trotzki, und der Justizminister Kurski morgen in einem Manifest das alte Offizierkorps auf, die Kämpfe in der Krim, im Kaukasus und in Sibirien einzustellen und sich der Sowjetregierung für den Kampf gegen das imperialistische Polen zur Verfügung zu stellen. Wenn sie zum Siege Rußlands beitrügen, würde man ihnen Amnestie für ihre frühere Tätigkeit in den Heeren Koltschaks, Denikins und Wrangels gewähren.

— **(Ein neues Verbrechen im besetzten Gebiet.)** Erst jetzt wird, wie der „Frankf. Ztg." berichtet wird, eine schändliche Gewalttat der französischen Besatzungstruppen bekannt, die am Pfingstmontag bei der Kirche an der Landstraße zwischen Wiesbaden und Limburg sich ereignet hat. Vier Marokkaner eines vor den Toren an der Grenze des Gebiets aufgestellten Postens überfielen gegen Abend zwei Mädchen aus dem benachbarten Limbach. Während es einem derselben gelang, sich loszureißen, wurde das andere hinter das Gebäude geschleppt und von den vier Schwarzen der Reihe nach vergewaltigt. Die Empörung der dortigen Landbevölkerung ist um so begreiflicher, als der im vergangenen Sommer in unmittelbarer Nähe begangene Lustmord an einem aus Limbach stammenden Mädchen, der höchstwahrscheinlich ebenfalls von einem Farbigen begangen wurde, noch ungesühnt ist.

— **(Sturmszenen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung.)** In der Stadtverordnetenversammlung kam es zu einem stürmischen Auftritt, als die angebliche Aeußerung Scheidemanns über den bevorstehenden Bürgerkrieg besprochen wurde. Scheidemann erklärte, er billige keineswegs die Erzbergersche Steuer- und Finanzreform. Ein Stadtverordneter, der vertrauliche Mitteilungen Scheidemanns aus einer vertraulichen Sitzung wiedergab, schloß daraus, daß weite Kreise der Mehrheitssozialdemokraten gegen Erzberger seien. Scheidemann protestierte gegen die Wiedergabe vertraulicher Aeußerungen.

— **(Zusammenschluß der deutschen Unternehmerverbände.)** Die Organisation der landwirtschaftlichen Unternehmungen und die Spitzenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben sich zu einem Zusammenschluß zu einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände beschlossen. Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.

— Der Landarbeiterausstand in Hinterpommern, der infolge Scheiterns von Tarifverhandlungen ausgebrochen ist, gewinnt erheblich an Umfang. Im Kreise Köslin umfaßt er bereits über 30 Güter von 58, im Landkreise Stolp kann man fast von einem allgemeinen Ausstande sprechen. Zum Teil werden sogar die Notstandsarbeiten verhindert, Arbeitswillige werden durch tätliche Angriffe abgeschreckt, sodaß die Milchlieferung nach den Städten teilweise aufhört.

— **Der „Bauernschrecken" gefaßt!** Seit langen Monaten war der aus dem Glückstädter Gefängnis ausgebrochene Zuchthäusler Heinr. Köber der Schrecken der Holsteinischen Landbürte. Der Mann, der mit beispielloser Verwegenheit vorging, suchte ausschließlich Bauerngehöfte und vereinzelt liegende Ansiedlungen auf, brach an unzähligen Stellen ein und raubte und plünderte, was ihm unter die Hände kam. Da der Verbrecher bis an die Zähne bewaffnet war, wagte man keinen Widerstand. Den Räuber umgab ein gewisser Nimbus, da er aus der größten Gefahr stets zu entkommen wußte. So legte ein Jäger, nachdem er in Moorhusen wieder einen Bauernhof erbrochen hatte, auf ihn an und zwang ihn durch die drohende Kugel an Ort und Stelle zu bleiben, während ein anderer Jäger Hilfe holte. Als diese kam, lag der Jäger, schwer durch einen Revolverschuß verletzt, im Graben. In Hamburg entging er 20 Polizisten, die ihn bereits umzingelt hatten. Alle Behörden und Eisenbahnstationen des Landes waren benachrichtigt, auf den Verbrecher zu fahnden. Endlich ist er in Hamburg nach einer Reihe von Einbrüchen verhaftet worden. Das flache Land atmet auf, daß es von dem Räuberterror erlöst ist.

— **Mit 450 Millionen geflüchtet.** Nach einer Meldung des „Berl. Lok.-Anz." aus Budapest ist ein gewisser Martin Jellinek mit 450 Millionen Kronen, die er unter dem Vorgeben, daß er mit Hilfe von Missionsoffizieren Valuten ins Ausland schmuggeln könne, erschwindelt hatte, ins Ausland geflüchtet.

— **Zum Tode verurteilt.** Das Gothaer Schwurgericht verurteilte den 29jährigen Schlächtergesellen Walter Wiegand aus Gotha wegen Mordes an dem Fleischer Backhaus aus Arnstadt zum Tode. Der Mitangeklagte Molkereigehilfe Gretner konnte wegen hochgradiger Lungenschwindsucht der Verhandlung, an der er zu Anfang teilnahm, nicht folgen. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt.

— **Hingerichtet.** Im Strafvollstreckungsgefängnis Stadelheim wurde Montag vormittag 9 Uhr der im dritten Geiselmordprozeß zum Tode verurteilte Angeklagte Heinrich Walleshauser erschossen, nachdem der Ministerrat das Todesurteil des Volksgerichts bestätigt hatte.

— **Für eine Million Mark Teppiche gestohlen.** Reiche Beute machten Einbrecher, die in der Nacht in die Wohnung des Arztes Dr. Max Oliven in der Roonstraße 8 in Berlin eindrangen. Die Diebe öffneten mit einem Nachschlüssel die Eingangstür zur Wohnung und nahmen eine ganze Sammlung von 35 echten Teppichen mit. Ferner stahlen sie aus dem Speise- und Wohnzimmer je einen großen Teppich. Der Wert der gestohlenen Teppiche beträgt über eine Million Mark. Dr. Oliven weilt gegenwärtig außerhalb Berlins zur Kur. In der Wohnung befanden sich nur zwei Dienstmädchen.

*

Kleine Nachrichten.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat, wie der Vorwärts meldet, beschlossen, den nächsten ordentlichen Parteitag in der ersten Hälfte des Oktober nach Kassel einzuberufen.

Havas meldet aus Südfrankreich, daß der Preis für lebendes Vieh um 30 Prozent gefallen ist.

In Halle (Saale) streiken die Arbeiter des Elektrizitätswerkes wegen erneuter Lohnforderungen. Die elektrische Beleuchtung in Halle und der Betrieb der elektrischen Bahn sind eingestellt.

Im Silberkranze.

Derche, 21. Juni. Am morgigen Dienstag begehen die Eheleute Wilhelm Bennemann von hier das schöne Fest der silbernen Hochzeit. Des allgemein geachteten Jubelpaares wird mancher in herzlichen Glückwünschen gedenken; mögen sie alle in Erfüllung gehen und dem Jubelpaare nach weiteren 25 Jahren auch die Goldmyrte erblühen. Mit der Silberfeier verbindet die Familie Bennemann das Fest der grünen Hochzeit, indem die Tochter Paula am gleichen Tage in den Stand der Ehe tritt.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit denen der Inhalt der Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Die Badebude.

Im Mai, im schönen Maien,
Da hieß es: auf Abbruch verkauft
Am Mersch die Badebude,
Die jung und alt so traut.

Hier tauchte man in die Fluten,
Nahm häufig den Mund recht voll;
Am Sonnenbad zum Schlusse
Gab's Schönste zum Genusse.

Doch Jahre kommen und gehen,
Die Schwimmanstalt ward' alt.
Da gab's eine neue Frage:
Wo ist die Behörsnisanstalt?

Doch keiner wollte bauen,
Die Stadt nicht, nicht Schwimmverein.
Da war's um sie geschehen,
Die Freude wird dort nicht mehr sein.

Ihr Kinder, ihr holden Schönen,
Ihr Männer vom nassen Sport,
Ihr konntet nicht bewahren
Vom Sturze den fröhlichen Ort.

Ihr Herrn vom Magistrate,
Ihr vom Kollegium,
Ob so die Lösung richtig?
Mir will es nicht in den Sinn.

Rehhuß, Kamen.

Die Mittel aus dem Jahre 1919 zur Unterhaltung und Fortführung der hiesigen Fürsorgestelle für Lungenkranke sind vollkommen erschöpft. Wie bisher, so ist die Fürsorgestelle außer geringen Kreiszuschüssen, lediglich auf mildtätige Gaben angewiesen, um ihre gemeinnützige Tätigkeit den hilfsbedürftigen Tuberkulosekranken nutzbar machen zu können.

Wir bitten daher, unsere Bestrebungen durch eine Zuwendung gütigst unterstützen zu wollen.

Es ist allgemein bekannt, daß infolge der Unterernährung und der Wohnungsnot die Tuberkulose sich immer weiter verbreitet. Im letzten Vierteljahre hatte die Fürsorgestelle einen Krankenzugang von 250 Personen. Erschwerend für die wirksame Bekämpfung dieser überaus gefährlichen Krankheit sind die enormen Preissteigerungen auf allen Gebieten, denen wir nur ganz geringe Geldmittel gegenüberstellen können. 2426

Kamen, den 15. Juni 1920.

Amtliche Fürsorgestelle für Lungenkranke:
J. V.: Siegler.

Ab Dienstag, den 22. Juni, verkaufe ich einen großen Posten

Herren- und Damenstiefel,

die aus fehlerfreiem, regulärem Boxkalfoberleder mit Kernböden hergestellt sind, zu folgenden Preisen

Herren-Boxkalfstiefel . . . Nr. 40—46 Mk. 168, 185, 225
Damen-Boxkalfstiefel . . . Nr. 36—42 Mk. 168, 185,
Rindlederne Bergmannsschuhe Nr. 40—46 Mk. 155.

Keine Reichsware! Keine Imitation!

Lederkappen! — — — Lederbrandsohlen!

Ich mache darauf aufmerksam, daß sämtliche Waren trotz der niedrigen Preise aus prima Leder hergestellt sind und die oben genannten Preise nur solange gelten wie der Vorrat reicht. Außerdem offeriere ich prima Sohlleder per Pfund Mk. **48.—**; Sohlen im Ausschnitt Mk. **15.— bis 28.—**

Schuhwarengeschäft und Reparaturwerkstatt **W. Uebach,** Kamen, Weststraße.

2428 Haltestelle der elektr. Straßenbahn Kämerstraße-Ecke.

Neu eingetroffen:

Prima geräucherter Speck Pfd. 22.- M.
Prima Schweineschmalz Pfd. 20.- M.
Prima Auslandsmargarine Pfd. 12.50, 13 M.
Prima ausländ. Naturbutter Pfd. 29.- M.
Prima Holländer Käse Pfd. 20.- M.
Fein gebr. Kaffee Pfd. 23.- u. 30.- M.
Prima Marmelade Pfd. 3.50 M.
Prima Rübenkraut Pfd. 3.20 M.
Prima Heringe 3 Stück 1.- M.
Kleine Essiggurken Stück 0.15 M.
Sunlight-Seife Doppelstück 9.50 M.
Echt überseeischer Rauch- u. Kautabak.
Deutsche und englische Zigaretten.

Joh. Hüsten 2435n

Weststrasse 16. Telefon 236.

Herabgesetzte Preise!

Damenkonfektion
Damenhüte

bedeutend im Preise ermäßigt. v2434

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstr. 57.

Sommersprossen

verschwinden in kurzer Zeit durch den Gebrauch unseres nach ärztlicher Vorschrift angefertigten Sommersprossen-Cremes. m2409

Preis per Tube Mk. **6.00** gegen Nachnahme.

Elto-Versand, Dortmund, Postfach.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung haben wir

1. die Neupflasterung der Lünenerstraße von der Ziethenstraße bis zum Durchlaß,
2. die Neubefestigung der Bürgersteige an der Südseite der Weststraße, von der Klosterstraße bis zur Ziethenstraße,
3. die Neubefestigung der Bürgersteige der Lünenerstraße, an der Südseite von der Ziethenstraße bis zur Zechenbahn, sowie an der Nordseite von der Gottesbergstraße bis Haus-Nr. 8,

und gleichzeitig nach Anleitung des am 8. Oktober 1919 als Rechtsnorm veröffentlichten Ortsgesetzes vom 6. August 1919 auf Grund des § 9 des Kommunalabgabengesetzes die Erhebung von Beiträgen zu dieser Veranstaltung beschlossen.

Nach vorläufiger Berechnung wird der nach § 4 dieses Ortsgesetzes von den wirtschaftlich bevorteilten Grundeigentümern dieser Straßenteile zu erhebende Betrag

1. für die Neupflasterung der Lünenerstraße 10 v. H. der Gesamtkosten für das Meter Anschlußlänge 53,40 Mark betragen,
2. für die Bürgersteiganlage in der Weststraße 40 v. H. der Gesamtkosten für das Meter Anschlußlänge 85 Mark betragen,
3. für die Bürgersteiganlage in der Lünenerstraße 40 v. H. der Gesamtkosten für das Meter Anschlußlänge 46,85 Mk. betragen.

Die endgültige Feststellung der Kosten erfolgt nach Fertigstellung und Abrechnung der Veranstaltung.

Der hierauf bezügliche Gemeindebeschluß liegt mit Plan und Kostennachweis auf unserem Stadtbauamt, Rathaus, zur Einsicht auf.

Einwendungen gegen ihn können in der mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beginnenden vierwöchigen Ausschlußfrist bei uns angebracht werden. 2427

Kamen, den 18. Juni 1920.

Der Magistrat: gez. Stealer.

Umpressen u. reinigen von Herren- und Damenhüten

schnell und billig. v2433

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofst. 57.

Straßen-Sperrung.

Die Lünenerstraße von der Weststraße bis zur Bismarckstraße wird infolge Neupflasterns des Fahrdammes von **Montag, den 28. Juni ds. Js.** bis auf Weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. 2429

Kamen, den 16. Juni 1920.

Die Polizei-Verwaltung:
gez. Siegler.

Bekanntmachung

betreffend Aufhebung des Handelsverbots mit Schafen und Ziegen.

Nachdem die Lieferung von Schafen und Ziegen an Frankreich und Belgien beendigt ist, wird das unter Ziffer 3 meiner Bekanntmachung vom 10. Januar 1920 ausgesprochene Verbot des An- und Verkaufs von Schafböcken und weiblichen Schafen, Ziegenböcken und Ziegen hiermit aufgehoben.

Münster, den 5. Juni 1920.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen:
Nr. 1353 V. J. V.: Kirchner.

Veröffentlicht! 2416

Hamm (Westf.), den 10. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. V.: v. Cambe.

1000 Mark Belohnung!

In der Nacht vom 17. zum 18. Juni wurde auf meiner Weide an der Ziegelei ein rotbunter Bulle abgeschlachtet und fortgeschafft, Ohrmarke A. D. V. 12121. Obige Belohnung demjenigen, der zur Feststellung der Täter Angabe macht, sodaß dieselben zur Anzeige gebracht werden können. n2436

Otto Schulte-Ostermann
Weddinghofen, Gut Velmede.

Keine Kohlennot.

Fanal
Spar-Briketts

die bewährte Marke w. in Kürze den Markt erobern. Jeder versuche d. vorzügl. Heizmittel. Anfragen u. Bestellungen richte man an d. Generalvertr. **H. Ostermann, Methler 112, Kr. Hamm.**

An verschiedenen Stellen der Stadt gut eingeführte Kolonialwarengesch. zum Verkauf eines gutgehenden Haushaltungsartikels ges. Offerten u. Nr. **X. X.** an die Geschäftsst. i2430

Zum 1. Juli

Junge oder Mädchen

für die **Apotheke** gesucht. i2364

Apotheker Kocke.

Alleinstehende Frau oder älteres Mädche als

Köchin

bei hohem Lohn sofort gesucht, auch kann junges Mädchen daselbst als

Lehrköchin

eintreten. m2437

Fritz Runte, Ledigenheim, Bieschershöfen b. Hamm.

Verschossene

Damenkostüme, Mäntel, Jacketts

werden wie neu in allen Farben aufgefärbt

Färberei

Galluschke

Kamen, Weststraße 88.
Unna, Bahnhofstraße 28.

Ich habe in meinem Garten

Fußangeln

gelegt. a2420

Friedrich Neff, Bergkamen,
Töddinghauserstr. 193.

Ich warne jeden, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 2431

Stefan Gorniak

Bekanntmachung.

Bei der Wahl der Abgeordneten für den Reichstag am 6. Juni 1920 sind nach der amtlichen Feststellung im 20. Wahlkreise 1 173 103 gültige Stimmen und 3919 ungültige Stimmen abgegeben worden, und zwar für den Wahlvorschlag:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands 243 920 gültige Stimmen = 4 Sitze und 3920 Reststimmen.
2. Zentrum 327 964 gültige Stimmen = 5 Sitze und 27 964 Reststimmen.
3. Deutsche Demokratische Partei 59 273 gültige Stimmen = 0 Sitze und 59 273 Reststimmen.
4. Deutsche Volkspartei 191 256 gültige Stimmen = 3 Sitze und 11 256 Reststimmen.
5. Deutschnationale Volkspartei 70 012 gültige Stimmen = 1 Sitz und 10 012 Reststimmen.
6. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 231 199 gültige Stimmen = 3 Sitze und 51 199 Reststimmen.
7. Christliche Volkspartei 562 gültige Stimmen = 0 Sitze und 562 Reststimmen.
8. Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakus-Bund) 17 290 gültige Stimmen = 0 Sitze und 17 290 Reststimmen.
9. Polenpartei 31 627 gültige Stimmen = 0 Sitze und 31 627 Reststimmen.

Die Reststimmen sind bei 1—6, 8 und 9 auf Grund der Verbindungserklärungen dem Verbandswahlleiter des Wahlkreisverbandes Westfalen X übermittelt worden. Aus diesen ist dem Kreiswahlvorschlage 3, Deutsche Demokratische Partei, und dem Kreiswahlvorschlage 6, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, durch den Verbandswahlausschuß je ein weiterer Sitz zugeteilt worden. Die Reststimmen bei 7, Christliche Volkspartei, sind dem Reichswahlleiter überwiesen worden.

Auf Grund dieser Ergebnisse sind vom Kreiswahlausschuß in der Sitzung am 12. Juni 1920 folgende Bewerber für gewählt erklärt worden:

a) **aus Wahlvorschlag 1:**

König, Max, Regierungspräsident in Arnsberg,
Hus, Otto, Redakteur in Essen-Rüttenscheid,
Schulz, Frau, Berta, in Herne,
Hansmann, Heinrich, Gewerkschaftssekretär in Eichlinghofen;

b) **aus Wahlvorschlag 2:**

Imbusch, Heinrich, Verbandsvorsitzender in Essen-Borbeck,
Schulz-Gahmen, Paul, Gutsbesitzer in Gahmen,
Becker, Johann, Beirat im Reichsarbeitsministerium in Köln,
Rheinländer, Anton, Rektor in Hagen,
Neuhaus, Agnes, Amtsgerichtsratswitwe in Dortmund;

c) **aus Wahlvorschlag 3:**

Ziegler, Paul, Gewerkvereinssekretär in Siegen;

d) **aus Wahlvorschlag 4:**

Winnefeld, August, Bergmann in Günnigfeld,
Vögler, Dr. ing., Albert, Generaldirektor in Dortmund,
Westermann, Heinrich, Landwirt in Lütgendortmund;

e) **aus Wahlvorschlag 5:**

Hugenberg, Dr., Alfred in Rohbracken bei Minteln an der Weser;

f) **aus Wahlvorschlag 6:**

Ludwig, Konrad, Parteisekretär in Hagen,
Teufel, Heinrich, Parteisekretär in Bochum,
Dettinghaus, Walter, Gewerkschaftsbeamter in Milspe,
Pieper, Heinrich, Bergmann in Dortmund.

Die Reihenfolge der Ersatzmänner ist wie folgt festgestellt worden:

a) **Kreiswahlvorschlag 1,**
Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Spiegel, Karl, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf,
2. Osterroth, Nikolaus, Arbeitersekretär, Hamm,
3. Liebig, Hans, Redakteur, Haspe i. W.,
4. Mehlich, Ernst, Redakteur, Dortmund,
5. Schmidt, Dietrich, Parteisekretär, Siegen,
6. Mahlworm, Josef, Dreher, Attendorn,
7. Lehmann, Heinrich, Lehrer, Bergkamen,
8. Neuholz, Walter, Postschaffner, Dortmund,
9. Frisch, August, Gastwirt, Lippstadt.

b) **Kreiswahlvorschlag 2, Zentrumspartei:**

1. Gilsing, Anton, Arbeitersekretär, Bochum,
2. Groß, Franz, Eisenbahnunterassistent, Altenbochum,
3. Horster, Franz, Dr. jur., Justitiar, Altena,
4. Freiherr v. Wendt, Konrad, Rittergutsbesitzer, Gevelinghausen,
5. Heck, Martin, Modellschreiner, Hemer,
6. Lüke, Emmy, Lehrerin, Bochum,
7. Klaholt, Heinrich, Obertelegraphensekretär, Siegen,
8. Geißler, Josef, Hüttenbeamter, Hamm,
9. Hennecke, Robert, Landwirt, Altenhundem.

c) **Kreiswahlvorschlag 3,**
Deutsche Demokratische Partei:

1. Prentzel, Alexander, Geheimer Regierungsrat, Berlin-Grunewald,
2. Lappe, Dr., Josef, Oberlehrer, Lünen,
3. Dönhoff, Martha, Fräulein, Witten-Crengeldanz,
4. Heinzerling, Konrad, Oberbahnassistent, Arnsberg,
5. Becker, Ewald, Fabrikant, Hagen i. W.,
6. Höpker-Aschhoff, Dr., Landrichter, Bochum,
7. Cleven, Berta Elisabeth, Leiterin des städtischen Arbeitsamtes für Frauen und Mädchen, Dortmund,
8. Pieper, Friedrich, Landwirt, Hiddingsen,
9. Becker, Friedrich, Volkswirtschaftler, Vorsitzender des Provinzialverbandes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Westfalens, Bochum,
10. Lücking, Theodor, Eisenbahnschlosser, Gelsenkirchen,
11. Leipziger, Karl, Landmesser, Soest,
12. Schulz, Adolf, Mühlenbesitzer, Unna,
13. Knop, Karl, Volksschullehrer, Refflingen,
14. Plümer, Heinrich, Steiger, Oespel.

d) **Kreiswahlvorschlag 4, Deutsche Volkspartei:**

1. Grundmann, Dr., Robert, Handwerks- und Gewerbeamtssyndikus, Hagen,
2. von Kulesza, Anny, Lehrerin, Berlin-Lichtenberg,
3. Thomas, Fritz, Ingenieur, Dortmund,
4. Klingspor, Hermann, Papierfabrikant, Siegen,
5. Dörmann, Dietrich, Eisenbahnlademeister, Gelsenkirchen,
6. Funcke, Oskar, Fabrikant, Hagen,
7. Schulte, Otto, Bergmann, Dortmund-Dorstfeld,
8. Faehre, Margarethe, Frau, Dortmund,
9. Winter, Wilhelm, Graveur, Lüdenscheid,
10. Keibel, Dr., Rudolf, Handelskammersyndikus, Bochum,
11. Sieburg, Heinrich, Kaufmann, Gelsenkirchen,
12. Schwenk, Adolf, Seminarlehrer, Unna,
13. Schulz, Dr. ing., Hermann, Dortmund,
14. Kuhlemann, Max, Patentanwalt, Bochum,
15. Förster, Johanna, Frau, Hamm,
16. Lo Josef, Landwirt, Gpermannshof bei Allagen,
17. Schultz, Ludwig, Justizrat, Hagen.

e) **Kreiswahlvorschlag 5,**
Deutschnationale Volkspartei:

1. Mumm, Dr., Reinhard, Pastor, Charlottenburg,
2. Nienhausen, Ernst, Landwirt, Rotthausen,
3. Rüffer, Paul, Generalsekretär, Berlin,
4. Löhe, Adelheid, Oberlehrerin, Bielefeld,
5. [illegible]mann, Theodor, Handwerkskammersyndikus, Bielefeld,
6. Hoffmann, Hedwig, Frau, Bochum,
7. Logemann, Dietrich, Hofbesitzer, Rathlosen,
8. Heidemann, Heinrich, Lehrer, Gütersloh,
9. Hoffmann, Otto, Universitätsprofessor, Münster i. Westf.,
10. Röhrscheidt, Karl, Eisenbahnzugführer, Schwerte,
11. Törpe, Frieda, Handelsschullehrerin, Dortmund,
12. Schulze-Herringen, Otto, Landwirt, Herringen,
13. Neuhaus, Gustav Ernst, Fabrikant, Bochum,
14. Groß, Gustav, Steiger, Dortmund-Eving,
15. Zielke, Ernst, Telegraphensekretär, Soest,
16. Brauß, Dr. med., Willy, prakt. Arzt, Dortmund,
17. Boeddinghaus, Wilhelm, Buchbindermeister, Hamm,
18. Möller, Karl, Schlosser, Schwelm,
19. Schnepper, Wilhelm, Landwirt, Dühringsen bei Soest,
20. Weigelt, Gustav, Geschäftsführer, Siegen i. Westf.,
21. Rippel, Otto, Verlagsbuchhändler, Hagen.

f) **Kreiswahlvorschlag 6,**
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Keinath, Susi, Frau, Dortmund,
2. Eckhardt, Adolf, Gewerkschaftssekretär, Dortmund,
3. Driesen, Karl, Anstreichermeister, Siegen,
4. Meis, Walter, Parteisekretär, Gevelsberg,
5. Holtkamp, August, Invalide, Dortmund,
6. Birkenstock, Fritz, Schleifer, Hattingen,
7. Sorhagen, Anton, Bergmann, Oespel,
8. Köhler, Ernst, Eisenbahnunterassistent, Volme-Ehringhausen,
9. Herbrig, Max, Gewerkschaftsbeamter, Gelsenkirchen,
10. Fillhaus, Heinrich, Schmied, Werdohl,
11. Höppe, Ernst, Former, Hohenlimburg,
12. Nellen, Gustav, Parteisekretär, Schwelm.

Dortmund, den 14. Juni 1920.

Der Kreiswahlleiter:
Dr. Klauser, 8176
Landrat, Geheimer Regierungsrat.